

Bessere Ernährung politisch unterstützen: Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten und vier weitere Organisationen gründen die „Aktion Weniger Zucker“

Die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) gründet heute gemeinsam mit dem AOK-Bundesverband, foodwatch, der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) und dem Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. (EMZ) die „Aktion Weniger Zucker“. Ziel ist die Verringerung des hohen Zuckerkonsums in Deutschland und die Förderung einer gesunden Ernährung durch gesundheitspolitische Entscheidungen. „Um die aktuelle Übergewichtswelle aufzuhalten, reichen die bisherigen Ansätze nicht aus“, sagt DANK-Sprecherin Barbara Bitzer. „Es braucht Maßnahmen, die dauerhaft sind und die ganze Bevölkerung erreichen.“ Die Aktion Weniger Zucker setzt sich dafür ein, dass solche wirksamen Maßnahmen endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

Übergewicht ist zu einem der drängendsten Gesundheitsprobleme in Deutschland geworden: Fast 60 Prozent der Erwachsenen gelten als übergewichtig (Body Mass Index ab 25 kg/m²), fast jeder Vierte als adipös (BMI $\geq$ 30 kg/m²). Um diesen Trend aufzuhalten, spielt die Verringerung des hohen Zuckerkonsums eine maßgebliche Rolle. Die deutsche Politik verfolgt dabei bisher die Strategie von Informationsvermittlung und Kursen für den Einzelnen. Doch dieser individualistische Ansatz gilt wissenschaftlich als gescheitert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt stattdessen Maßnahmen, die das alltägliche Umfeld der Bevölkerung gesundheitsförderlicher gestalten: „Make the healthy choice the easier choice.“

Die „Aktion Weniger Zucker“ orientiert sich am britischen Vorbild der „Consensus Action on Sugar“ und am Tabakrahmenübereinkommen der WHO. Das darin enthaltene breite Paket gesundheitspolitischer Maßnahmen führt bei konsequenter Umsetzung zum Rückgang des Tabakkonsums. Ein derart konzertiertes Vorgehen ist auch im Bereich Ernährung dringend notwendig. Die „Aktion Weniger Zucker“ konzentriert sich zunächst auf das Problem des übermäßigen Zuckerkonsums durch Fertigprodukte und Softdrinks.

Konkret werden vier Forderungen vertreten:

- Verbot von an Kinder gerichteter Werbung für zuckerreiche oder andere hochkalorische Lebensmittel (wenn das Produkt nicht dem Nährwertprofil der WHO entspricht)
- Für alle Bevölkerungsgruppen verständliche Lebensmittelkennzeichnung
- Steuerliche Anreize für die Lebensmittelindustrie, gesündere Rezepturen zu entwickeln
- Verbindliche Standards für die Kita- und Schulverpflegung

„Deutschland hinkt bei politischen Maßnahmen gegen Übergewicht weit hinterher“, sagt Bitzer, „daher wollen wir der Entwicklung auf die Sprünge helfen.“ Die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Organisationen ist dabei sehr wichtig, um die Belange aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen und zu vertreten.